

Wirtschaft und Verwaltung in der sowjetischen Zone Deutschlands

Autor(en): **Glaser, Kurt / Halle, Ingeburg / V.G.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **27 (1948)**

Heft 2

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-335963>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wirtschaft und Verwaltung in der sowjetischen Zone Deutschlands

Der vorliegende Aufsatz ist (unter Mitwirkung einer deutschen Staatsangehörigen) von einem Bürger der USA verfaßt, der als Beamter der amerikanischen Militärregierung in Berlin tätig ist. Der Artikel bringt nur die persönlichen Meinungen des Autors und nicht die Politik der Militärregierung zum Ausdruck. Wir veröffentlichen die Abhandlung, ohne zu ihrem Inhalt Stellung zu nehmen.

V. G.

Wer keine Möglichkeit hat, das Wesen und Wirken eines totalitären Machtstaates aus der Nähe zu beobachten, ist geneigt, im politischen und wirtschaftlichen Programm eines solchen Staates eine ausgeprägte *Einheitlichkeit* zu erwarten. Dem Unerfahrenen erscheinen deshalb die klar zu beobachtenden *Widersprüche* der sowjetischen Besatzungspolitik in Deutschland, die oft sogar miteinander unvereinbare Ziele verfolgt, als sehr merkwürdige Phänomene. Wie ist es möglich, daß ein Programm, das augenscheinlich die politische und wirtschaftliche Gleichschaltung eines Volkes erzielen will, in einer so unkoordinierten Form durchgeführt wird?

Um die Einheitlichkeit in der Durchführung eines politischen Programms zu ermöglichen, müssen zwei Voraussetzungen erfüllt werden:

1. müssen die führenden Kräfte sämtlicher Verwaltungsinstanzen eine gemeinsame Ideologie und Taktik akzeptieren und anwenden;
2. muß das zu verwirklichende Programm sowohl in großen Zügen als auch in allen Einzelheiten einer einheitlichen Planung und Durchführung unterworfen werden.

In jeder Instanz muß die reibungslose Zusammenarbeit der Einzelbehörden, die für voneinander abhängige Bestandteile des gesamten Programms verantwortlich sind, durch zweckmäßige Koordination gesichert werden.

Die erste Voraussetzung ist bei der sowjetischen Besatzung glänzend erfüllt. Genau das Gegenteil gilt für die zweite Voraussetzung: nicht nur ist die Koordination zwischen den wichtigsten sowjetischen Stellen in Deutschland mangelhaft oder gar nicht vorhanden, sondern Aufbau und Zusammenhang dieser Stellen sowie die Art und Weise, in der sie Anweisungen von den

entsprechenden Moskauer Stellen erhalten, verbieten, daß mehr als nur eine scheinbare Koordination zustande gebracht wird.

Es ist irreführend, von *einer* sowjetischen Besetzungspolitik in Deutschland zu reden, als ob eine solche Einheitlichkeit existierte; es ist vielmehr notwendig, verschiedene politische und wirtschaftliche Tendenzen der Sowjets auseinanderzuhalten. Auf dem wirtschaftlichen wie auch auf dem politischen Gebiet lassen sich je zwei Tendenzen bemerken, die in beiden Fällen in einem gewissen Gegensatz zueinander stehen, und zwar:

1. auf dem *wirtschaftlichen* Gebiet:

- a) die Politik des wirtschaftlichen Wiederaufbaues der sowjetischen Zone, eventuell auch Deutschlands als wirtschaftspolitischer Einheit, auf der Basis einer friedlichen und industriell entwaffneten Wirtschaft, wie sie im Potsdamer Protokoll vorgesehen wurde, und
- b) das möglichst schnelle Herausholen der größten erzielbaren Menge von Reparationen aller Art, sowohl an Kapital wie auch an Gebrauchsgütern, für den Wiederaufbau in Rußland selbst;

2. auf dem *politischen* Gebiet:

- c) die Politik des Aufbaues eines demokratischen deutschen Staates – demokratisch in dem bei den Sowjets gebräuchlichen, begrenzten Sinn, daß die Regierung auf dem Volk beruht, daß die Staatsform keinen Raum für ein Wiederauferstehen des Faschismus offenläßt und daß Regierung und Volk russenfreundlich eingestellt sind;
- d) die systematische Ausschaltung sämtlicher Elemente der politischen Opposition durch Zwang und Terror, das heißt aller Parteien und Individuen, die eine Behinderung der von den Sowjets als notwendig angesehenen Maßnahmen darstellen oder die Sowjetunion beziehungsweise ihre Besatzung kritisieren.

Die Punkte a) und c) sind für die westlichen Mächte keineswegs unannehmbar – die Westmächte haben keine Einwendungen gegen eine Freundschaft der Deutschen mit den Russen, solange sie keine Feindschaft gegen den Westen mit sich bringt. Nur die Punkte b) und d) versperren den Weg zu einer einheitlichen Zusammenarbeit der Alliierten in Deutschland. In einem gewissen Sinne besteht in b) ein Gegensatz zu a). Zwar könnte die Sowjetunion auf weitere Sicht größere wirtschaftliche Vorteile von einem gesunden als von einem ausgesogenen und ruinierten Deutschland gewinnen. *Die dringende, durch die Kriegszerstörungen verursachte Wirtschaftsnot in*

Rußland, abgesehen von dem klar zu bemerkenden und den Russen als unberechtigt erscheinenden höheren Lebensstandard der Deutschen, hat aber zu einer ausgesprochenen *Ausbeutungspolitik* geführt. Das Verhältnis zwischen den Punkten c) und d) ist nur augenscheinlich (und zwar nur für westliche Augen) ein Widerspruch. Vom sowjetischen Standpunkt aus ist die politische Gleichschaltung der Zone durch die Behinderung beziehungsweise das Verbot der Oppositionsparteien und die Wiedereinführung von Konzentrationslagern, geheimen Polizeibehörden und andern Bestandteilen des diktatorischen Staatsapparates nur eine logische Konsequenz des Willens zur «Demokratisierung», soweit diese «Demokratisierung» nicht auf mildere Art und Weise erzielt werden kann. Es wäre aber *falsch*, zu behaupten, daß der politische Terror ein *Bestandteil* des sowjetischen Konzepts und der Demokratie ist – er ist vielmehr eine Begleiterscheinung der sowjetischen Demokratisierungsmethode, das heißt eine Taktik, nicht ein Grundsatz. In ihm besteht für die Sowjets kein Widerspruch zur Demokratie, weil die Sowjets nicht den westlichen Begriff der politischen Freiheit, der Menschen- und Bürgerrechte («Bill of rights»), als Wesensmerkmal der Demokratie anerkennen.

Daß diese verschiedenen Tendenzen gleichzeitig existieren können, wird teilweise durch die Organisation der sowjetischen Militärbehörden, teilweise auch durch ungeplante politische Ereignisse, die nach dem Krieg eingetreten sind, verursacht. Zunächst ist zu bemerken, daß die sowjetische Regierung, obwohl sie sich schon während des Krieges mit Plänen für die Demokratisierung Deutschlands befaßte (zum Beispiel durch die Gründung des Nationalen Komitees «Freies Deutschland») und eine Anzahl kommunistisch ausgebildete Beamte mit sich brachte, die Planung für die organisatorischen Phasen der Militärregierung völlig unterlassen hatte. Infolgedessen wurde der Organisationsplan der sowjetischen Militärregierung kurz vor dem Zusammenbruch Deutschlands hastig improvisiert.

In der Sowjetzone, wie in den andern Zonen, ist die höchste Instanz der *Militärgouverneur*; gleichzeitig ist er Befehlshaber der Besetzungstruppen. Der Militärgouverneur ist der Leiter der sowjetischen Militäradministration (SMA), die ihren Sitz in Berlin-Karlshorst hat, und er vertritt seine Regierung im Alliierten Kontrollrat. Die SMA ist in Fachabteilungen organisiert, die auf den betreffenden Sachgebieten die Angelegenheiten des Kontrollrates behandeln und die allgemeine Politik auf den betreffenden Sachgebieten zu formulieren und ihre Durchführung zu überwachen haben. Für jedes der fünf Länder in der Sowjetzone besteht eine Landes-SMA. Diese ist auch in Fachabteilungen unterteilt, welche den Abteilungen bei der SMA in Karls-

horst entsprechen. Obwohl der Oberste Militärgouverneur die formelle Befehlsgebung über die Militärgouverneure der Länder besitzt, kommt es häufig vor, daß die Militärregierungen der Länder auch unmittelbare Befehle aus Moskau bekommen, welche die SMA Karlshorst nicht widerrufen darf. In jedem Land und in jedem Stadtkreis besteht eine *Kreiskommandantur*. Während der ersten zwei Jahre der Besetzung gehörten zu jeder Kommandantur 15 bis 35 auf Fachabteilungen verteilte Offiziere; neuerdings aber sind die Kreiskommandanturen stark abgebaut und ihre detaillierten Kontrollen über die örtliche Selbstverwaltung entsprechend eingeschränkt worden.

Die SMA hat darauf bestanden, daß jede Landesregierung eine gleichförmige Verteilung der Verwaltungskompetenzen zwischen den Ministerien vornahm, welche der Kompetenzverteilung innerhalb der SMA entsprach. Jeder Leiter einer Fachabteilung in der Landes-SMA hat also die ständige Aufsicht über einen Minister der deutschen Regierung, an den er die aus Karlshorst empfangenen oder in der Landes-SMA beschlossenen Anweisungen erteilt. Soweit die deutschen Behörden Vorschläge für Verwaltungsmaßnahmen unterbreiten, haben die Militärgouverneure die Gewohnheit, den genehmigten Vorschlag in Form eines Befehls herauszugeben, so daß die deutschen Behörden viel mehr auf der Autorität der Militärregierung als auf ihren eigenen staatsrechtlichen Befugnissen beruhen. Wenn ein Befehl durch die Kreis- beziehungsweise Gemeindeverwaltung durchzuführen ist, wird er nicht nur an das betreffende deutsche Ministerium, sondern auch gleichzeitig an sämtliche Kreiskommandanturen erlassen. Das Ministerium hat die Aufgabe, den Befehl an die deutschen Landräte beziehungsweise Oberbürgermeister weiterzuleiten. Da die sowjetischen Verbindungswege viel schneller als die deutsche Post funktionieren, ist es fast immer der Fall, daß der Landrat oder Oberbürgermeister den Befehl von der Kreiskommandantur erhält, bevor er die Anweisung vom zuständigen deutschen Ministerium bekommt. Oftmals hat der örtliche Kommandeur seine eigenen Ideen über die Durchführung des Befehls, die in vielen Fällen im Gegensatz zu den Anweisungen des Ministeriums stehen. Es ist natürlich, daß die örtliche Verwaltung dem russischen Kommandeur und nicht dem deutschen Ministerium gehorcht, weil der Kommandeur die Macht hat, einen ungehorsamen Beamten zu verhaften. Da die sowjetischen Kommandeure oft sehr geringe Kenntnisse des deutschen Verwaltungsrechtes beziehungsweise der technischen Probleme besitzen, wird die Einheitlichkeit und Zweckmäßigkeit der Verwaltung beträchtlich gestört.

Die Einheitlichkeit der sowjetischen Besetzungspolitik ist in erster Linie

dadurch behindert, daß es in Moskau keine Stelle gibt, welche die alleinige Verantwortung für Besetzungsfragen trägt. Die Zuständigkeit wird auf die verschiedenen Ministerien der Sowjetregierung, je nach dem Sachgebiet, verteilt. Jedes dieser Ministerien hat die Möglichkeit, Anweisungen an die SMA in Deutschland zu erlassen. Deshalb steht jeder bedeutende Funktionär der SMA unter der Aufsicht von einer oder mehreren sowjetischen Behörden. Außerdem steht er unter besonderer Überwachung des Zentralausschusses der Kommunistischen Partei, dessen Vertreter in Deutschland Berichte über seine politische Zuverlässigkeit und ideologische Standfestigkeit einzureichen haben. Da jede Beziehung mit Vertretern der westlichen Mächte als verdächtig angesehen werden kann, vermeiden die meisten sowjetischen Beamten, ausländische Funktionäre allein zu empfangen. Die praktische Durchführung der Arbeit eines sowjetischen Offiziers oder Beamten wird durch die eigenartige sowjetische Konzeption des Gehorsams erschwert. Jeder Befehl, der von einer berechtigten höheren Stelle erlassen wird, muß buchstäblich durchgeführt werden, auch wenn er die Ausführung anderer Befehle unmöglich macht und unerwünschte Konsequenzen für das gesamte Programm hervorrufen kann. Es wird dem betreffenden Funktionär nicht gestattet, Rückfragen zu stellen oder seine eigene Urteilsfähigkeit in Anspruch zu nehmen. Da eine Koordinierung der Befehlsgebung in Moskau nicht vorhanden ist, kann die Anwendung dieses «Führerprinzips» – es gibt kein anderes Wort dafür – chaotische Folgen nach sich ziehen.

Besonders verhängnisvoll für die allgemeine Entwicklung der sowjetischen Zone ist die Macht der MGB, der sowjetischen Geheimpolizei. Die deutsche Abteilung der MGB hat eine parallele Organisation zur SMA, das heißt, für jede Instanz der SMA gibt es eine MGB-Stelle, die aber völlig unabhängig von der SMA funktioniert und die Aufgabe hat, die SMA-Offiziere zu überwachen und politische Verhaftungen bzw. Deportationen nach Rußland oder Sibirien vorzunehmen. In der Kreisverwaltung darf der Kommandeur keinen wichtigen Befehl ohne die Gegenzeichnung des MGB-Offiziers erlassen. Nur in seltenen Fällen wagt es ein sowjetischer Offizier, gegen einen Haftbefehl der MGB Einspruch zu erheben. Die Russen leben, genau wie die Deutschen, in ständiger Furcht vor der MGB, weil sie auch auf Grund der allgemein geltenden «politischen Sicherheit» (raison d'état) jederzeit verhaftet werden können. Nur mit Hinblick auf Organisation und Verhältnisse der sowjetischen Verwaltungsstellen, wie sie im großen Umriß geschildert worden sind, ist es möglich, den wirtschaftlichen Aspekt der Besetzung zu verstehen. Von vielen Seiten wird behauptet, daß die Sowjets schon während des Krieges die feste Absicht gehabt hätten, Deutschland zu einer kommunistischen Republik nach

russischem Muster zu gestalten. Mag dies tatsächlich der Fall sein (was nur dann festgestellt werden kann, wenn die Verhandlungen des Politbüros einmal veröffentlicht werden), so ist es jedoch viel wahrscheinlicher, daß die ursprünglichen sowjetischen Absichten für Deutschland begrenztere Formen hatten, nämlich die Entwaffnung und Demokratisierung Deutschlands im Sinne der oben erwähnten Punkte a) und c). Dafür spricht vor allem die anfangs durchaus bürgerliche Gestaltung des Nationalkomitees «Freies Deutschland» -- erst nach Beendigung der Feindseligkeiten haben die Sowjets die ideologische Bekehrung der in russischer Haft befindlichen deutschen Offiziere vorgenommen. Ein kurzer Einblick in die politisch-wirtschaftliche Geschichte der sowjetischen Besetzung erbringt viel Beweismaterial dafür, daß die jetzige totalitäre Taktik der Sowjets eine Folge von Ereignissen ist, die wiederum auf die mangelhafte Planung und Organisation zurückzuführen sind.

Obwohl die Großstädte der sowjetischen Zone schwere Verluste während des Bombenkrieges erlitten hatten, blieben die durch unmittelbare Kriegshandlungen beim Einmarsch der Sowjets verursachten Schäden (außerhalb Berlins) relativ gering -- der Schaden betrug etwa 15 Prozent für landwirtschaftliche Gebäude, Maschinen und Vieh und nur etwa 1 Prozent für industrielle Einrichtungen. Dagegen sprengten die sich zurückziehenden deutschen Truppen eine enorme Anzahl von Brücken, Viadukten, Stromleitungsmasten usw., mit dem Erfolg, daß der Verkehr still lag. Die Verwaltung, einschließlich der Lebensmittelversorgung, brach völlig zusammen, und Tausende starben den Hungertod.

Die erste Maßnahme der einrückenden sowjetischen Truppen war die Übergabe von sämtlichen Lebensmittelgeschäften und Vorratslagern zur Plünderung an die Bevölkerung, was zur Folge hatte, daß an einem einzigen Tage die Bestände für eine Notversorgung über längere Zeit verschleudert wurden. Da die Sowjets, im Gegensatz zu den andern Alliierten, keine besonders ausgebildeten Offiziere für die Verwaltungsaufgaben hatten, wußten sie keinen andern Weg, die militärische Sicherheit herzustellen, als durch ein Programm des unbegrenzten Terrors, durch das jedem russischen Soldaten vorübergehend das Recht eingeräumt wurde, nach Belieben zu rauben, zu morden oder zu vergewaltigen. Infolgedessen blieben die Bauern in ihren Häusern, so daß in vielen Orten die Frühjahrsbestellung ausfiel und die Belieferung der Städte mit landwirtschaftlichen Produkten sich nicht organisieren ließ.

Gleichzeitig setzten sich die Reparationsoffiziere an die Arbeit. Innerhalb weniger Wochen, sobald die Wiederherstellung der Geleiseanlagen es ermöglichte, wurden etwa 60 Prozent der betriebsfähigen Lokomotiven und Eisen-

bahnwaggon nach Osten abtransportiert. Die Einbuße an Kraftfahrzeugen aller Arten betrug etwa 75 Prozent. Nach einer Mitteilung der Provinzialverwaltung Brandenburg beschlagnahmten die Sowjets in den ersten Wochen nach dem Einmarsch 70 Prozent aller Pferde; die Verluste bei Schweinen und Rindvieh waren noch höher. Am schlimmsten wirkte sich die Übernahme durch die Rote Armee auf einen großen Teil der männlichen Bevölkerung aus, da Massenverhaftungen erfolgten. Im Offizierslager Frankfurt an der Oder betrug bei einer Aufnahmefähigkeit von 8000 Menschen der jährliche Verlust durch Tod etwa 60 Prozent.

Während des Sommers 1945 stabilisierten die Sowjets den Aufbau ihrer Militärregierung und begannen mit der Wiederherstellung der Zivilverwaltung, zunächst in den Gemeinden und Kreisen, dann im Landesmaßstab. Ihr Plan für die Entwicklung einer «demokratischen» Verwaltung hatte aber nicht der psychologischen Wirkung der unmittelbar nach dem Zusammenbruch vorgenommenen Maßnahmen Rechnung getragen. Die begeisterte Mitarbeit, die sie von den vom Faschismus befreiten deutschen Sozialisten erwartet hatten, verwirklichte sich nicht – statt dessen zeigte sich eine allgemeine Apathie, oft sogar ein ausgesprochener Antagonismus. Infolgedessen sahen sich die Sowjets gezwungen, die auf Veranlassung der Kommunistischen Partei (KPD) gegründeten «antifaschistischen Ausschüsse» (Antifas) als Werkzeuge für die zwangsmäßige Gleichschaltung der andern Parteien zu benutzen. Kurz darauf änderten die Sowjets ihre Taktik in bezug auf die Sozialdemokratische Partei (SPD). Unmittelbar nach dem Zusammenbruch hatte die KPD einen Vorschlag der sozialistischen Führer zur Verschmelzung der beiden Parteien mit dem Gedanken abgelehnt, daß die KPD allein eine große Mitgliedschaft erwerben und die deutschen Massen zum Sozialismus bekehren könne. Da die SPD aber einen unerwarteten Erfolg erlangte und einer versteckten antisowjetischen Haltung des Publikums entsprach, beschloßen die Sowjets, eine Verschmelzung der beiden Parteien mit allen Mitteln durchzuführen. In diesen Prozeß wurde die MGB miteinbezogen, und nachdem die sich der Verschmelzung widersetzenen Sozialisten durch Drohungen und Verhaftungen zum Schweigen gezwungen waren, wurde die Verschmelzung am 1. Mai 1946 mit lauten Fanfaren, jedoch ohne Abstimmung der SPD-Mitglieder, vollzogen.

Im ersten Sommer der Besetzung entwickelte sich die Wirtschaft in der sowjetischen Zone folgendermaßen: Mit großen Anstrengungen wurde das Verkehrsnetz auf Grund des reparaturfähigen rollenden Materials wiederhergestellt. Gleichzeitig aber wurden 6000 Kilometer Schienen, einschließlich fast aller zweiten Geleise, demontiert und nach Rußland abtransportiert.

Zu gleicher Zeit demontierten die Sowjets eine erhebliche Anzahl industrieller Unternehmungen, hauptsächlich Stahlwerke, Braunkohlenbergwerke, Papier-, Maschinen- und Fahrzeugindustrien sowie auch Druckereien, Sauerstoff- und Azetylwerke. Die Demontagen erfolgten ohne Rücksicht auf die Integrierung der demontierten Werke mit Rohmaterialquellen oder Verarbeitern von Halbfabrikaten. Für die nicht betroffenen Industrien proklamierte der russische Generaloberst Bersàrin das Prinzip der freien Wirtschaft. Durch die Initiative privater Unternehmer oder Belegschaften begannen viele Werke zu produzieren, aber da es zu jener Zeit keine Bewirtschaftung gab, war die Folge eine Vergeudung wichtiger Rohmaterialien für die Herstellung von Luxuswaren oder unwesentlicher Gegenstände (Aschenbecher, schmiedeiserne Wandarme und Lampen usw.).

Im Juli 1945 gründeten die Sowjets zwölf Zentralverwaltungen für ihre Zone, die gewissermaßen als Grundstock für zukünftige gesamtdeutsche Ministerien angesehen werden könnten. Trotzdem erhielten diese Behörden keine Befugnis, Anordnungen an die Länderregierungen zu erlassen. Ihre Hauptaufgabe bestand in der Beratung der betreffenden funktionellen Abteilungen der SMA Karlshorst. Daß die Sowjets über kein klares Bild der Wirtschaftsstruktur der Ostzone verfügten, beweist ihre Weigerung, trotz den dringenden Empfehlungen seitens der Zentralverwaltungen, irgendeine Bewirtschaftung der industriellen Güter anzuordnen. Nach einem fruchtlosen Experiment mit einem System der Priorität (in den Vereinigten Staaten hatte sich dasselbe System als mangelhaft erwiesen) ordneten die Sowjets im Spätherbst 1945 die Bewirtschaftung von Rohmaterialien an und erließen gleichzeitig einen Produktionsplan für das 4. Quartal 1945. Dies geschah nur in den einzelnen Ländern, und die Zentralverwaltungen erhielten keine Kompetenzen, außer der statistischen Berichterstattung. Wahrscheinlich glaubten die Russen, daß sie jedes Land als einen geschlossenen Wirtschaftskörper betrachten durften – in der Sowjetunion selbst wird die Ökonomie einer jeden Bundesrepublik mehr oder weniger autark geleitet. Bei der Planung wurde jedes Unternehmen angewiesen, das Produktionssoll auf der Voraussetzung festzulegen, daß Roh- und Hilfsstoffe, Strom und Transport im benötigten Umfang vorhanden sein würden. Daß der Produktionsplan keineswegs erfüllt wurde, braucht kaum erwähnt zu werden. Trotzdem gelang es den deutschen Behörden, den ersten Schritt zu einer ordnungsgemäßen Wirtschaft zu vollziehen, indem ein Verwaltungsapparat errichtet wurde, der ein koordiniertes Wirtschaftsprogramm ausführen sollte.

Die erste systematische Wirtschaftsplanung für die sowjetische Zone als Ganzes wurde Anfang 1946 vorgenommen, und zwar durch das Zentralamt

für Handel und Versorgung auf dem Gebiete der Ernährung. Die Aufgabe dieser Behörde wurde dadurch erschwert, daß der durch die Ausbeutung verursachte Mangel an Zugvieh und Düngemitteln eine ausreichende Agrarproduktion unmöglich machte, und daß die Sowjets einen erheblichen Teil der Kartoffelernte den Schnapsbrennereien zuführten. Ferner bewirkten die in den Händen der Zivilbevölkerung befindlichen und durch die Einkaufsstellen der Besatzung herausgegebenen Überschüsse an Zahlungsmitteln ein schnelles Anwachsen des Schwarzen Marktes. Die Beschlagnahme erheblicher Mengen von Getreide und 240 000 Tonnen Zucker im Herbst und Winter 1945/46 führte dazu, daß die Ernährungslage einfach katastrophal wurde.

Zu diesem Zeitpunkt beschlossen die Sowjets, eine *radikale Agrarreform* durchzuführen. Da dieses Programm die Liquidierung der reaktionären «Junker» sowie die Schaffung von neuen Heimstätten für die Ostflüchtlinge zum Ziele hatte, kann es als politische Maßnahme nicht beanstandet werden. Daß die Sowjets aber nicht die Fähigkeit hatten, ihre politische Strategie auf die wirtschaftlichen Realitäten der Zeit abzustimmen, wird durch einen Einblick in die praktische Wirkung der Reform klar. Die Sowjets hielten sich sklavisch an die im Reformgesetz festgelegte Mindestgrenze des aufzuteilenden Besitzes (100 Hektaren), ohne Rücksicht darauf, ob es sich um reines Acker-, Wald- oder Ödland handelte, was zur Folge hatte, daß viele der neuen Bauernhöfe zu klein ausfielen. Der Neubauer verfügt nach der Reform grundsätzlich über 5 Hektaren, was bei der Qualität der norddeutschen Böden bei weitem nicht ausreichend ist. Ein Bauernhof kann nur dann betriebsfähig sein, wenn er mit zweckmäßigen Gebäuden, Nutzvieh und landwirtschaftlichen Geräten bzw. Maschinen ausgestattet wird. Dem Nichtvorhandensein der notwendigen Rohmaterialien hatten die politischen Leiter der SMA gar keine Rechnung getragen, und dadurch wurde es unmöglich, die Neusiedler auf einen festen wirtschaftlichen Fuß zu setzen. Die praktische Auswirkung der Reform, trotz dem Versuch, eine gemeinsame Benutzung der vorhandenen Betriebsmittel zu organisieren, war eine wesentliche Beeinträchtigung der landwirtschaftlichen Produktivität.

Während des Winters 1945/46 erweckten die Äußerungen höherer Funktionäre der SMA und die Intervention dieser Stelle gegen die Durchführung mehrerer einzelner Demontagebefehle den Eindruck, daß die SMA nunmehr einen wirtschaftlichen Wiederaufbau der Zone beabsichtige. Die deutschen Stellen begannen, für die notwendige Ausstattung der Industrie mit Kapitalgütern zu planen, besonders auf dem Gebiet der Werkzeug-, Maschinen- und Apparateproduktion. Als sie aber den Produktionsplan für das 2. Quartal 1946 der SMA vorlegten, wurden sie mit einem neuen Demontagebefehl konfron-

tiert, der sich auf 215 abzubauenen Werke bezog und die Basis für die bisherige Wirtschaftsplanung völlig umstieß. Dieser Befehl, der insgesamt etwa 400 000 Arbeiter betraf, konzentrierte sich auf die Papier-, Textil-, Schuh- und Zuckerindustrie sowie auf Zweige der Chemiewirtschaft, die laut dem im Februar 1946 vom Alliierten Kontrollrat veröffentlichten Demontageplan schonend behandelt oder gar nicht betroffen werden sollten. In den meisten Fällen war es den russischen wie den deutschen Fachkräften von vornherein klar, daß eine Wiedermontage der abzubauenen Anlagen höchst unpraktisch, wenn nicht sogar unmöglich war. Es ist klar, daß dieser aus Moskau stammende Befehl eine genau so große Überraschung für die SMA wie für die deutschen Behörden darstellte. Trotzdem sah sich die SMA gezwungen, den Befehl buchstäblich durchzuführen.

Als die verschmolzene SED mit großem Pomp am 1. Mai 1946 gefeiert wurde, galt die Parole: «Mit der SED am Ruder geht's wieder aufwärts!» Dieser Parole lagen zwei präzise Gedanken zugrunde. Erstens behaupteten die Führer der neuen Partei, daß nur die von ihnen angebotene Art des Sozialismus für die Verwirklichung einer betriebsfähigen Nachkriegswirtschaft geeignet sei. Zweitens, und mit viel Diplomatie, machten sie geltend, daß nur eine der sowjetischen Auffassung nahestehende Gruppe wesentliche Konzessionen von den Sowjets erlangen könne.

Die SMA fing nun an, die SED mehr oder weniger öffentlich als Instrument für ihre politische Strategie zu benutzen. Sie unterstützte die Partei mit bevorzugten Zuteilungen von Papier, Strom, Heizmaterial und Benzin. Auf der andern Seite legte sie den bürgerlichen Parteien Schwierigkeiten in den Weg durch Redeverbot, Verweigerung der Genehmigung für Plakate usw. Ferner räumte sie der SED umfangreiche Einflüsse auf die Verwaltung, besonders in Gewerbe- und Enteignungsfragen, ein.

Trotz der ablehnenden Haltung der vom Faschismus befreiten Deutschen gegenüber Maßnahmen zwangspolitischer Art wäre es jedoch den Sowjets wahrscheinlich gelungen, die Annahme ihres politischen Programms durch die deutschen Massen herbeizuführen, wenn sie gleichzeitig eine entsprechende Wirtschaftspolitik durchgeführt hätten. Der Zusammenbruch und die Ereignisse während des ersten Jahres der Besetzung hatten die Deutschen in eine so tiefe Apathie und Verzweiflung geführt, daß eine bescheidene Besserung in der Lebensmittelversorgung und die Freigabe von dringend benötigten Gebrauchsgütern in merkbarem Umfang ihre Bekehrung zum Kommunismus möglicherweise bewirkt hätten. Die Sowjets aber sahen noch nicht die Notwendigkeit, ihre wirtschaftliche Politik in Einklang mit ihren politischen Absichten zu bringen. Während der Periode von der Gründung der

SED bis Frühjahr 1947 wurde die wirtschaftliche Produktion im Rahmen der stehengebliebenen Anlagen zwar gewissermaßen in Gang gebracht und die Bewirtschaftung von Rohmaterialien ordnungsgemäß durchgeführt, jedoch hatten die Sowjets im 1. Quartal 1946 eine neue Phase ihrer Reparationspolitik eingeleitet, nämlich die Phase der Reparationsforderungen *aus der laufenden Produktion*. Dieses Programm wurde ausgedehnt, bis die Reparationsquoten (im 3. Quartal) folgenden Umfang erreichten:

Maschinenbau	90 %	Fahrzeugbau	90 %
Textilindustrie	84 %	Elektroindustrie	80 %
Leder und Schuhe	90 %	Kleidung	75 %
Holzverarbeitung	70 %	Zementindustrie	50 %
Kaliförderung	60 %	Glaserzeugung	70 %

Ähnliche Quoten wurden für andere Industriezweige vorgeschrieben. In manchen Fällen verfielen angeblich für die Bevölkerung freigegebene Restquoten der Erfüllung von Reparationsaufträgen, weil sie von weiterverarbeitenden Branchen als Rohmaterial oder Halbfabrikate verwendet wurden. Gleichzeitig gingen die Sowjets noch einen Schritt weiter, indem sie 139 Kombinate und Einzelwerke, vornehmlich die größten und leistungsfähigsten in jeder Industriebranche, in die Hände von *Sowjet-Aktiengesellschaften* überführten. Der Anteil dieser unmittelbar durch sowjetische Beamten geleiteten Unternehmungen an der gesamten Produktion im 4. Quartal 1946 betrug:

Erzbergbau, Metallgewinnung	59,2 %	Baustoffindustrie	15,6 %
Maschinen und Fahrzeuge	14,5 %	Holzverarbeitende Industrien	1,1 %
Elektroindustrie	21,1 %	Textilindustrie	27,8 %
Feinmechanik und Optik	59,5 %	Bekleidung und Leder	15,9 %
Chemie und Kalibergbau	43,9 %	Zellstoff und Papierindustrie	0,5 %
Buna, Gummi und Asbest	70,2 %	Insgesamt	26,6 %

Für die nicht in sowjetischen Händen befindlichen Unternehmungen galten die folgenden Prioritäten für Lieferungen:

1. an die Sowjet-Aktiengesellschaften, beziehungsweise an die SMA als unmittelbare Reparationen;
2. an Firmen, die das Material für Reparationszwecke weiterverarbeiten;
3. für den deutschen Zivilbedarf.

Eine Untersuchung über das *Volkseinkommen*, die im Auftrag der SMA durchgeführt wurde, ergab, daß das Volkseinkommen in der sowjetischen Zone, ohne Berlin, für das Kalenderjahr 1946 11 Milliarden Reichsmark betrug. Das Existenzminimum auf der Basis des möglichst niedrigen Verbrauchs für jede Einzelperson betrug 7 Milliarden Reichsmark. In der gleichen Periode

erreichten die Besetzungskosten und Reparationsleistungen eine Höhe von 5,5 Milliarden Reichsmark, so daß der verfügbare Konsumationsfonds, der auch die Kosten der Verwaltung, Investitionen und Reparaturen zu tragen hatte, nur etwa 80 Prozent des Existenzminimums entsprach. Unter diesen Umständen war es ausgeschlossen, daß der durchschnittliche Bürger, der keine bevorzugten Lieferungen an Lebensmitteln oder Gebrauchsgütern durch die SED oder durch Beziehungen mit den Russen erhielt, einen ausgesprochenen Enthusiasmus für die Sowjetunion oder ihren Weg zur Demokratie empfinden konnte.

Dieser Gegensatz und Widerspruch zwischen dem politischen Ziel der Sowjets und der politischen und psychologischen Reaktion der Bevölkerung besteht noch in der jetzigen sowjetischen Besetzungspolitik, oder besser gesagt: *in den gegeneinanderlaufenden Aufbau- und Ausbeutungstendenzen*. Die Demontage von industriellen Anlagen und die Entnahme aus der laufenden Produktion haben nur in dem Maße nachgelassen, als sie durch das Nichtvorhandensein greifbarer Reparationsobjekte gehemmt werden. Obwohl die beiden Oppositionsparteien, die Christlichdemokratische Union und die Liberaldemokratische Partei, jeden Kritizismus gegenüber den Sowjets (im Sinne des Kontrollratgesetzes Nr. 40 betreffend Belästigung der Besetzungsmächte) vermeiden, ist es offenkundig, daß sie den Kern einer anti-sowjetischen Bewegung bilden. Es ist ebenso klar, daß das antisowjetische Gefühl, das fast jeder Einwohner der sowjetischen Zone unter vier Augen zum Ausdruck bringt, hauptsächlich durch die Handlungen der Sowjets *seit dem Kriegsende* verursacht wird.

Dafür, daß die Sowjets noch nicht die Bedeutung einer einheitlichen Besetzungspolitik für ihre Zone (abgesehen von einer einheitlichen Politik der Besetzungsmächte für ganz Deutschland) einsehen, spricht die Einrichtung der neuesten Behörde, der *Wirtschaftskommission*. Nachdem die Westmächte ihren Plan für den Wirtschaftsrat der Bizone im Mai 1947 bekanntgegeben hatten, sah sich die SMA gezwungen, ebenfalls einen entsprechenden Schritt zu vollziehen. Im Juni 1947 berief der Militärgouverneur, Marschall Sokolowsky, eine Wirtschaftskommission zusammen, die aus den Präsidenten der Zentralverwaltungen des wirtschaftlichen Gebietes bestand und die Aufgabe hatte, die engere Zusammenarbeit der Zentralverwaltungen und Länderregierungen zu gewährleisten. Die Pressemitteilungen bei der feierlichen Zusammenkunft der Kommission brachten zum Ausdruck, daß sie von der SMA beauftragt worden sei, für den endgültigen wirtschaftlichen Wiederaufbau der Zone zu planen und die Durchführung dieses Planes zu beaufsichtigen. Indessen stattete der Marschall Klementi Beria, ein bedeu-

tendes Mitglied des Politbüros in Moskau, Berlin per Flugzeug einen Besuch ab, worauf sofort der Begriff der Wirtschaftskommission aus den Schlagzeilen der Zeitungen verschwand. Die einzige vollzogene Arbeit der Kommission, ein Plan für die Erfassung und Zuteilung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, wurde am 1. September 1947 durch die SMA mit der Begründung abgelehnt, daß der Plan gegen gewisse Anordnungen der SMA und der deutschen Behörden verstoße. Seitdem ist die Kommission spurlos verschwunden.

Es liegt außerhalb des Rahmens dieses Artikels, die jetzige politische Strategie der Sowjets, die auf der Benutzung der SED als einer durch die Besetzungsmacht unterstützten Staatspartei beruht, zu beschreiben. Es bleibt aus allem nur der Schluß zu ziehen, daß die Sowjets *keiner andern politischen Linie folgen können, solange sie keine einheitliche und tragbare Wirtschaftspolitik für ihre Zone durchführen*. Wenn die Sowjets einmal ihre (zugunsten des Wiederaufbaus in Rußland betriebene) Ausbeutungspolitik aufgeben und ihrem Kommandeur in Deutschland Befugnisse für die Formulierung einer zusammenhängenden und mit der Wirklichkeit übereinstimmenden Besetzungspolitik (einschließlich Abmachungen mit den andern Alliierten über praktische Fragen, wie Währungsreform, Interzonenverkehr usw.) erteilen, dann wird die Möglichkeit für die Aufhebung des politischen Terrors und damit die Basis für die politische Vereinigung Deutschlands geboten sein. Die Westmächte haben klar zum Ausdruck gebracht, daß sie trotz allen bisherigen Entwicklungen bereit sind, eine Einigung auf irgendeiner vernünftigen Basis zu treffen. Natürlich wird es die Sowjets Zeit und Mühe kosten; aber es ist noch nicht zu spät, die Deutschen für eine gute Mitarbeit zu gewinnen, vorausgesetzt, daß sie die Deutschen wieder so behandeln, wie Menschen erwarten dürfen, behandelt zu werden.